



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 10

Oktober 1977

## INHALT

Seite

### Neues aus der ITF

Europarat will Spanien aufnehmen 92

### Transport und Verkehr

IAO-Experten fordern weltweite Maßnahmen in bezug auf Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer im Offshore-Sektor 92

Großbritannien: TGWU-Generalsekretär fordert reduzierte Arbeitszeit für Lastwagenfahrer 93

Norwegen: Untersuchungskommission veröffentlicht Bericht über Petroleumeruption im Ekofisk-Offshoresektor 93

Schweden: Gewerkschaftsfunktionär fordert Revision des Seeleutegesetzes 94

### Gewerkschaften

Australien: Gewerkschaften der Seeleute und Hafenarbeiter fordern größere Beteiligung australischer Schiffe an der Übersee-Tankschiffahrt 95

Skandinavien: Nordische Funkoffiziere widersetzen sich weiteren Ausnahmewilligungen von den Funkvorschriften des SOLAS-Abkommens 95

EWG-Minister formulieren Richtlinien für Unternehmen mit Tochtergesellschaften, Branchen und Vertretungen in Südafrika 96

### Aus der Welt der Arbeit

Deutschland: Manteltarifverhandlungen in der Seeschifffahrt gescheitert 97

Griechenland: Seeleutegewerkschaft protestiert gegen beabsichtigte Anheuerung billiger ausländischer Besatzungen 98

Island: Seeleutestreik vermieden 98

Bummelstreik des Kabinenpersonals der Air India 98

Reinigungspersonal der Iberia streikt in Flughafen von Malaga 99

Schweden: Gewerkschaft akzeptiert Reduzierungen der Besatzungen auf Roll on/Roll off-Schiffen der Reederei Broström 99

USA: Streik der Hafenarbeiter an der Ost- und Golfküste dauert an 100

American Airlines wird Entschädigung an entlassene Stewardessen zahlen 100

Kurznachrichten 100

Personalien 101

Bevorstehende Tagungen 101

BEI REDAKTIONSSCHLUSS

Finnische Funkoffiziere suchen um Solidarität an  
ITF-Maßnahmen anlässlich kürzlicher Flugzeugentführungen

Anhang: ITF-Maßnahmen anlässlich kürzlicher Flugzeugentführungen  
führen zu UNO-Dringlichkeitsdebatte

NEUES AUS DER ITF

EUROPA

=====

Europarat will Spanien aufnehmen

Der Parlamentarische Ausschuß des Europarates hat einstimmig eine EntschlieÙung angenommen, in der Spanien aufgefordert wird, sich um Mitgliedschaft im Europarat zu bewerben. Das bedeutet, daÙ Spanien höchstwahrscheinlich auf der am 24. November stattfindenden Sitzung des Ministerausschusses des Rates als zwanzigstes Mitglied in den Europarat aufgenommen werden wird, was den eventuellen Beitritt Spaniens zur EWG wesentlich erleichtern sollte.

TRANSPORT UND VERKEHR

INTERNATIONALES

=====

IAO-Experten fordern weltweite Maßnahmen in bezug auf Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer im Offshore-Sektor

Anfang Oktober fand in Genf eine internationale dreigliedrige Expertentagung der IAO über Probleme der Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer im ständig wachsenden Offshore-Sektor der Petroleumindustrie statt. A. Selander (Stellvertretender Generalsekretär der ITF) nahm an den ersten Sitzungen dieser Tagung teil, auf der eine Reihe von Richtlinien formuliert wurden, welche empfehlen, daÙ die IAO im Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Organen Sicherheitsrichtlinien im Zusammenhang mit der Konstruktion fester Offshore-Installationen erstellen, ein international anerkanntes Alarm-, Warn- und Verbindungssystem für solche Installationen festlegen und Sachverständige zu Rate ziehen sollte, um die ärztliche Untersuchung der im Offshore-Sektor beschäftigten Arbeitnehmer, die beruflichen Gesundheitsrisiken der Taucher und die Erstellung eines international anerkannten Logbuches zu erörtern.

Die Experten waren ferner der Ansicht, daÙ Regierungen und Arbeitgeber der Bildung paritätischer Ausschüsse für Sicherheit und Gesundheit und der Wahl von Sicherheitsvertretern besondere Bedeutung beimessen sollten. Sie verwiesen ferner auf die Wichtigkeit der Ausbildung auf dem Gebiete der Sicherheit und in Überlebungsmethoden sowie der Räumung von Offshore-Installationen in Dringlichkeitsfällen.

Außerdem wurde die IAO ersucht, verschiedene Forschungsprojekte -- darunter die Sammlung statistischer Informationen zwecks Verhütung von Unfällen und Förderung gesunder Arbeitsbedingungen; die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer auf Schiffen, die an solchen Offshore-Installation festmachen; Sicherheit bei Bohrarbeiten; Beförderung der Arbeitnehmer zu und von solchen Installationen; Auswirkungen der Arbeitszeiteinteilung; und Analyse der für den Offshore-Sektor geltenden Gesetze, Vorschriften, Normen und Richtlinien -- zu erwägen. Letztens erkannten die Experten an, daß die Probleme der Besatzungen der im Offshore-Sektor zum Einsatz gelangenden Schiffe am zweckmäßigsten von der Paritätischen Schifffahrtskommission der IAO (JMC) behandelt werden können.

#### GROSSBRITANNIEN

=====

#### IGWU-Generalsekretär fordert reduzierte Arbeitszeit für Lastwagenfahrer

Jack Jones (Generalsekretär der uns angeschlossenen Britischen Transportarbeitergewerkschaft und ein Vizepräsident der ITF) hat in einer Ansprache auf dem jährlichen Kongreß der British Freight Transport Association eine reduzierte Arbeitszeit, ein niedrigeres Rücktrittsalter und zusätzlichen Urlaub für Lastwagenfahrer gefordert, um diesen Beruf attraktiver zu gestalten. Er forderte die Regierung ferner auf, ein zweckdienliches Straßennetz für den Straßengüterverkehr in Ballungsgebieten bereitzustellen, da der gegenwärtige Verkehrsandrang in Städten verschwenderische Verzögerungen verursacht. Ferner beantragte er, daß die Arbeitgeber es Gewerkschaftsmitgliedern gestatten sollten, während der Arbeitszeit ohne Lohnverlust Sitzungen abzuhalten.

#### NORWEGEN

=====

#### Untersuchungskommission veröffentlicht Bericht über Petroleumeruption im Ekofisk-Offshoresektor

Die für die Untersuchung der Petroleumeruption im Ekofisk-Offshoresektor zuständige Kommission hat am 10. Oktober ihren Bericht veröffentlicht. Sie bezeichnet den menschlichen Irrtum als Hauptursache dieses Unglückes (im April dieses Jahres eruptierte auf einer Bohrplattform des Unternehmens Phillips Petroleum ein Bohrturm, der acht Tage lang Petroleum in die Nordsee ausstieß und am Ende von einem Team amerikanischer Experten verschlossen werden mußte). Der Bericht enthält die Feststellung, daß man hätte die zahlreichen Warnsignale beachten und eine sofortige Einstellung der Arbeit sowie die Versiegelung des Bohrturms anordnen sollen.

Eine der schwerwiegendsten Beschuldigungen gegen Phillips Petroleum besteht darin, daß das Unternehmen verfehlt hatte, das Petroleumdirektorat von bestimmten Änderungen der Arbeitsmethoden auf diesem Bohrturm zu verständigen. Das Petroleumdirektorat seinerseits wird gerügt, weil es nicht auf den Mangel an Informationen reagiert und niemanden zum Bohrturm geschickt hat, um zu kontrollieren, daß die vorgeschriebenen Verfahren auch tatsächlich zur Anwendung gelangen.

Die Kommission fand außerdem folgendes vor:

- Mängel an befürworteten Programmen für den Betrieb des Bohrturms;
- unfachgemäße Planung der Arbeit auf der Plattform;
- Anwendung improvisierter Methoden anstelle einer ordnungsgemäßen Überprüfung des Programmes;
- falsche Beurteilung einer kritischen Situation;
- mangelhafte Leitung und Kontrolle (Während der kritischsten Phase der Arbeiten befand sich kein technisches Personal in Schlüsselpositionen auf der Plattform.);
- außerordentlich lange Arbeitsperioden für bestimmte Personalkategorien (Bestimmte Arbeitnehmer, deren Kenntnisse bei der Verrichtung derartig gefährlicher Arbeiten unentbehrlich sind, befanden sich über 30 Stunden ohne Unterbrechung im Dienst.).

In einer Stellungnahme zu diesem Bericht erklärte Jon-Erik Roth (Sekretär der vor kurzem gebildeten Norwegischen Gewerkschaft der Arbeitnehmer im Offshore-Petroleumsektor), daß Phillips Petroleum die im Bericht der Kommission geübte Kritik akzeptieren und geeignete Abhilfsmaßnahmen treffen sollte. Insbesondere müsse eine ausgiebige Rücksprache zwischen Vertretern des Unternehmens und der auf der Plattform beschäftigten Arbeitnehmer über betriebliche Beschlüsse erfolgen. Der Bericht zeige ferner, daß das Petroleumdirektorat ... zusätzliches Personal und zusätzliche Geldmittel benötige, um seine Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen.

SCHWEDEN

=====

#### Gewerkschaftsfunktionär fordert Revision des Seeleutegesetzes

Folke Havik (Vorsitzender der uns angeschlossenen Schwedischen Gewerkschaft der Schiffingenieure) hat eine dringende Revision des aus dem Jahre 1973 stammenden schwedischen Seeleutegesetzes gefordert, um dieses Gesetz mit den jüngsten Vorschriften, die für an Land beschäftigte Arbeitnehmer erlassen worden sind, in Übereinstimmung zu bringen. U.a. plädiert Havik für die Einführung folgender Änderungen: Beschäftigungsverträge mit fester Laufzeit für Seeleute unter den gleichen Bedingungen wie für die an Land beschäftigten Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen über Beschäftigungssicherheit; wirksameren Schutz des Beschäftigungsverhältnisses von Seeleuten, die anstelle befähigter Schiffsoffiziere zum Einsatz gelangen; und Revision der Bestimmungen über Gründe für Entlassungen (d.h. es sollte nicht länger möglich sein, einen Arbeitnehmer zu entlassen, weil er für seinen Beruf angeblich nicht geeignet ist).

GEWERKSCHAFTEN

AUSTRALIEN

Gewerkschaften der Seeleute und Hafentarbeiter fordern größere Beteiligung australischer Schiffe an der Übersee-Tankschiffahrt

Die australischen Gewerkschaften der Seeleute und Hafentarbeiter (darunter vier Mitgliedsverbände der ITF) haben begonnen, Sanktionen gegen ausländische Tankschiffe anzuwenden, die Rohöl und raffiniertes Öl nach Australien einführen. Ziel dieser Aktion ist es, eine angemessene Beteiligung australischer Schiffe und australischer Schiffsbesatzungen an der Übersee-Tankschiffahrt zu erreichen. Die Gewerkschaften fordern ferner, daß die Schiffe der UTAH Development Corporation, die Kohle an Europa und Japan ausführen, mit australischen Besatzungen fahren sollten.

Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß ausländische Petroleumgesellschaften, die Rohöl nach Australien importieren, verpflichtet werden sollten, 10% solcher Transporte mit australischen Schiffen vorzunehmen. Dies würde eine Flotte von vier Tankern erfordern, die entweder im Besitz eines unabhängigen australischen Unternehmens oder der Australian National Line stehen würde. Die Gewerkschaften behaupten, daß die Petroleumindustrie die Kosten des Einsatzes australischer Schiffe absichtlich zu hoch angerechnet hat und daß australische Schiffe in der internationalen Tank-schiffahrt sehr wohl konkurrenzfähig sein könnten. Sie verweisen darauf, daß es lediglich darum geht, die Bestimmungen des UNCTAD-Abkommens über die Linienschiffahrt ordnungsgemäß anzuwenden. Dieses Abkommen räumt einem jeden Land das Recht ein, sich transportmäßig an seinem eigenen Welthandel zu beteiligen. Dieser Grundsatz wurde auch auf dem letzten Kongreß der ITF anerkannt.

SKANDINAVIEN

Nordische Funkoffiziere widersetzen sich weiteren Ausnahmegewilligungen von den Funkvorschriften des SOLAS-Abkommens

Vor kurzem fand in Oslo die jährliche Konferenz der nordischen Funkoffiziere statt. Sie nahm eine Reihe von Entschlüssen an, in denen u.a.: auf die Ausstrahlungsgefahr bei der Bedienung und Wartung von Funksatelliten und Radarantennen verwiesen wurde; gefordert wurde, daß dem Satellitenfunk bei der Ausbildung der Funk-offiziere größere Aufmerksamkeit zuteil werden sollte; und erklärt wurde, daß die nordischen Funkoffiziere den Streik des in Grönland stationierten Funkpersonals (sh. ITF-Nachrichten Nr. 9/1977) unterstützen.

Der Konferenz wurde ferner mitgeteilt, daß die finnischen Schifffahrtsbehörden gegenwärtig die Frage erwägen, ob den zwischen finnischen und schwedischen Häfen verkehrenden Schiffen eine Ausnahmebewilligung von den Bestimmungen 3 und 6 des Kapitels IV des SOLAS-Abkommens erteilt werden sollte. Die Konferenz entsandte ein Schreiben an die finnischen Behörden, in dem auf die vom kürzlichen ITF-Kongreß angenommene EntschlieÙung über Sicherheit auf See verwiesen wurde. Gleichzeitig wurde erklärt, daß die Föderation keine weitere Beeinträchtigung der Funksicherheit dulden werde.

## SÜDAFRIKA

### EWG-Minister formulieren Richtlinien für Unternehmen mit Tochtergesellschaften, Branchen und Vertretungen in Südafrika.

Die Minister der neun EWG-Länder haben am 20. September 1977 in Brüssel eine Reihe von Richtlinien über das Verhalten von Unternehmen angenommen; die Tochtergesellschaften, Branchen oder Vertretungen in Südafrika haben. Die wichtigsten Punkte dieser Richtlinien sind wie folgt:

#### Beziehungen innerhalb des Unternehmens

Arbeitnehmer sollten ungeachtet ihrer Rasse das Recht besitzen, eine freie Wahl darüber zu treffen, welcher Gewerkschaft sie beizutreten wünschen. Die Arbeitgeber sollten die diesbezüglichen Entscheidungen der Arbeitnehmer respektieren und Kollektivverhandlungen zulassen, die sich auf international anerkannte Grundsätze stützen. Sie sollten ferner ihren Arbeitnehmern in regelmäßigen Zeitabständen mitteilen, daß Rücksprache und Kollektivverhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern der Organisation Teil der Politik des Unternehmens sind. Außerdem sollten die Arbeitgeber ihre schwarzen afrikanischen Arbeitnehmer aktiv ermutigen, Gewerkschaften zu bilden oder Gewerkschaften beizutreten, indem sie Gewerkschaftsfunktionären gestatten, den Arbeitern die Ziele der Gewerkschaften und die Vorteile der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit darzulegen. Gewerkschaftsvertretern sollte zwecks Verrichtung ihrer Aufgaben angemessene Freizeit ohne Lohnverlust gewährt werden.

#### Wanderarbeiter

Die Arbeitgeber sollten sich bemühen, dem Wanderarbeiter-System, das die Wahl der Beschäftigungsmöglichkeiten schwarzer Afrikaner beeinträchtigt und ernste soziale Härten sowie Familienprobleme verursacht, soweit wie möglich abzuhelpen. Sie sollten ferner soziales Verantwortungsgefühl zeigen und sich dafür einsetzen, daß dieses ungerechte System im Laufe der Zeit abgeschafft wird.

#### Bezahlung

Unternehmen sollten eine besondere Verantwortung für ihre Arbeitnehmer zeigen und spezifische Maßnahmen ergreifen, um die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern. Sie sollten ferner einen Mindestlohn zahlen, der 50% mehr beträgt als für die Befriedigung notwendiger Bedürfnisse der Arbeiter und ihrer Familien erforderlich ist.

### Lohnstruktur und Aufstiegsmöglichkeiten schwarzer Afrikaner

Alle Personan, die die erforderlichen Befähigungen besitzen, sollten -- ungeachtet ihrer Rasse -- berechtigt sein, sich um alle verfügbaren Positionen zu bewerben. Die zu zahlenden Löhne sollten sich auf eine qualitative Bewertung der Arbeit stützen. Die Arbeitgeber sollten ferner Ausbildungsprogramme einführen, um es schwarzen Afrikanern zu ermöglichen, sich auf gleicher Basis wie weiße Arbeitnehmer um Positionen zu bewerben. Außerdem sollten die Arbeitgeber ihre Abhängigkeit von immigrierten weißen Arbeitnehmern reduzieren.

### Sonstige Vergünstigungen

Das Unternehmen sollte Gelder für folgende Zwecke zurückstellen: Unterkunft (Wohnungen), Transport, gesundheitliche Betreuung, Renten, Fortbildung, Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung.

### Abschaffung der Rassentrennung am Arbeitsplatz

Arbeitgeber sollten allesmögliche tun, um die Rassentrennung am Arbeitsplatz und in der Kantine sowie auf anderen Gebieten, wie z.B. sportliche Betätigung, Schulung und Ausbildung, abzuschaffen.

### Berichterstattung über die Befolgung der obigen Politik

Die Stammunternehmen, an die diese Richtlinien gerichtet sind, sollten jedes Jahr einen ausführlichen und voll dokumentierten Bericht veröffentlichen, aus dem ersichtlich ist; welche Fortschritte auf dem Gebiete der Anwendung der Richtlinien erzielt worden sind; wie viele schwarze Afrikaner im Dienste des Unternehmens stehen; und welche Fortschritte in jeden der oben genannten Bereiche erzielt wurden. Die Regierungen der neun EWG-Länder sollten jährlich die diesbezüglichen Fortschritte überprüfen.

AUS DER WELT DER ARBEIT

DEUTSCHLAND

=====

### Manteltarifverhandlungen in der Seeschifffahrt gescheitert

Die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag für die deutsche Seeschifffahrt sind vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der uns angeschlossenen Gewerkschaft ÖTV am 10. Oktober 1977 als gescheitert erklärt worden. Anlaß für diesen Beschluß war die Weigerung der Reeder zu den Forderungen der ÖTV auf Einführung einer 40-Stunden-Woche auf See und mehr Urlaub ein Angebot vorzulegen. Es ist nunmehr Aufgabe des zuständigen Schlichters zu versuchen, innerhalb von fünf Wochen eine Einigung herbeizuführen.



GRIECHENLAND

=====

Seeleutegewerkschaft protestiert gegen beabsichtigte Anheuerung billiger ausländischer Besatzungen

Die der ITF angeschlossene Panhellenische Seeleuteföderation (PNO) hat ihre uneingeschränkte Opposition gegen die Pläne der griechischen Reeder ausgesprochen, auf griechischen Schiffen billige ausländische Besatzungen anzuheuern. Gleichzeitig ersuchte die PNO die griechische Regierung, es nicht zuzulassen, daß Reeder zu diesem Zweck mit asiatischen und afrikanischen Ländern gegenseitige Abkommen treffen. Die Gewerkschaft behauptet, daß genügend griechische Seeleute zur Verfügung stehen und daß die Notwendigkeit der Anheuerung nicht-griechischer Seeleute durch eine allgemeine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen in der griechischen Handelsschifffahrt behoben werden könnte. Die Absicht der Reeder besteht darin, den ~~Prozentsatz~~ der auf griechischen Schiffen beschäftigten ausländischen Seeleute von gegenwärtig 25% auf 45% zu erhöhen.

ISLAND

=====

Seeleutestreik vermieden

Ein von den Mitgliedern der uns angeschlossenen Isländischen Seeleutegewerkschaft angedrohter Streik konnte in letzter Minute durch ein befriedigendes Angebot der Reeder vermieden werden. Dadurch war es der Gewerkschaft möglich, quasi eine lohnmäßige Gleichstellung der Seeleute mit vergleichbaren an Land beschäftigten Arbeitnehmern sowie eine Reihe von wesentlichen Vergünstigungen durchzusetzen.

Die Gewerkschaft hatte die der ITF angeschlossenen Seeleutegewerkschaften auf dem kürzlichen ITF-Kongreß in Dublin ersucht, im Falle eines Streiks ihre Solidarität zu bekunden.

INDIEN

=====

Bummelstreik des Kabinenpersonals der Air India

Die uns angeschlossene Vereinigung des Kabinenpersonals der Air India hat einen Bummelstreik begonnen, weil das Unternehmen das Kabinenpersonal in bezug auf Verpflegungsgeld, Hotelunterkunft und diverse andere Vergünstigungen diskriminierend behandelt. Unser Mitgliedsverband versucht, zu einer friedlichen Lösung mit der Geschäftsleitung zu gelangen, hat jedoch die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften des Luftfahrtspersonals gebeten, sie im Falle eines größeren Arbeitskampfes solidarisch zu unterstützen.

SPANIEN

=====

Reinigungspersonal der Iberia streikt im Flughafen von Malaga

Auf Wunsch der und angeschlossenen Transportföderation des spanischen UGT hat die ITF die ihr angeschlossenen Gewerkschaften des Luftfahrtspersonals davon verständigt, daß sich das im Flughafen von Malaga beschäftigte Reinigungspersonal der Iberia in Unterstützung bestimmter Forderungen, die von der Geschäftsleitung zurückgewiesen wurden, im Streik befindet.

Das im Flughafen von Madrid beschäftigte Bodenpersonal hat einen angekündigten 24-Stunden-Streik in Unterstützung von Forderungen auf Erhöhung der Mindestlöhne und Zahlung der im April dieses Jahres blockierten Lohnerhöhung abgesagt, weil es überzeugt ist, daß dieser Konflikt ohne Streikmaßnahmen beigelegt werden kann.

SCHWEDEN

=====

Gewerkschaft akzeptiert Reduzierungen der Besatzungen auf Roll on/Roll off-Schiffen der Reederei Broström

Die der ITF angeschlossene Schwedische Seeleutegewerkschaft hat sich mit der Reederei Broström über neue Bemannungsnormen für neun umfassend automatisierte Roll on/Roll off-Schiffe geeinigt, die bei einer japanischen Werft in Auftrag gegeben worden sind. Dieses Zugeständnis wurde gemacht, weil die Reederei versprochen hat, keines ihrer Schiffe vor Ende des Jahres 1980 "auszuflaggen" und daß auch die neuen Roll on/Roll off-Schiffe unter schwedischer Flagge fahren werden. Die für diese Schiffe geplanten Spezialisten-Besatzungen werden für kurze Zeitspannen an Bord beschäftigt werden und dann eine gleich lange Freizeitperiode an Land erhalten. Wartungsarbeiten und Reparaturen, die aufgrund der reduzierten Besatzung nicht länger auf See erfolgen können, werden von Spezialpersonal vorgenommen werden, das -- wenn möglich -- der Schwedischen Seeleutegewerkschaft angehören sollte. Beispiele der neuen Bemannungsnormen sind: Nordseefahrt -- reduziert von gegenwärtig 18 auf 9 Mann; Mittelmeeresfahrt und weltweite Fahrt -- reduziert von 28 bzw. 30 auf 16 Mann. Man hofft, daß durch diese Bemannungsvereinbarung, die einen rationelleren Schiffsbetrieb ermöglicht, die internationale Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Handelsflotte wieder verbessert werden. Die Reederei Broström beabsichtigt, im Laufe der Zeit auf anderen Schiffen ähnliche Modernisierungen vorzunehmen.

Die Seeleutegewerkschaft hat gleichzeitig mit dem schwedischen Reederverband eine provisorische Vereinbarung über Bemannungsnormen auf Schiffen anderer schwedischer Reeder getroffen. Die Verhandlungen mit den einzelnen Reedern hierüber werden in Kürze beginnen.

USA

====

Streik der Hafendarbeiter an der Ost- und Golfküste dauert an

Der Streik der in Häfen an der amerikanischen Atlantik- und Golfküste beschäftigten Arbeiter (Mitglieder der uns angehörenden International Longshoremen's Association) gegen Containerschiffe, Roll on/Roll off-Schiffe und LASH-Schiffe dauert an (sh. auch ITF-Nachrichten Nr.9, Seite 87).

American Airlines wird Entschädigung an entlassene Stewardessen zahlen

Die Luftfahrtsgesellschaft American Airlines hat sich bereit erklärt, 300 Stewardessen, die zwischen 1965 und 1970 wegen Schwangerschaft entlassen wurden, Entschädigung in Höhe von insgesamt \$1,7 Millionen zu zahlen. Das Unternehmen hat ferner erklärt, daß es bereit ist, die entlassenen Stewardessen bei Wahrung aller Dienstleistungsrechte wieder anzustellen, vorausgesetzt, daß sie die gegenwärtigen Aufnahmebedingungen erfüllen. Die American Airlines faßte diesen Beschluß, nachdem eine entlassene Stewardesse im Namen ihrer früheren Berufskolleginnen einen Prozeß gegen das Unternehmen eingeleitet hatte, mit der Beschuldigung, daß die Entlassung wegen Schwangerschaft gegen das im Jahre 1965 erlassene Gesetz über Bürgerrechte verstößt.

KURZNACHRICHTEN

Amnesty International, eine internationale Organisation, die sich der Verteidigung der Menschenrechte widmet, hat den Friedens-Nobelpreis für das Jahr 1977 erhalten. Dies geschah in Anerkennung der humanitären praktischen Unterstützung und mutigen Verteidigung von Gefangenen, die wegen ihrer Rasse, Religion oder politischen Ansichten verhaftet worden waren. Amnesty International wird den Preis für den Ausbau seiner Organisation in Ländern widmen, wo sie gegenwärtig nur sehr schwach oder überhaupt nicht vertreten ist, sowie der Stärkung ihrer Arbeit in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die Ziele der Amnesty International werden von der internationalen Gewerkschaftsbewegung vorbehaltlos unterstützt, und viele einzelne Gewerkschaften leisten finanzielle Beiträge zwecks Förderung dieser Ziele.

Australien: Die in den Häfen von Sydney, Brisbane, Darwin und Adelaide beschäftigten Hafendarbeiter werden ab 15. November kein Uranium mehr verladen und sich ferner weigern, Bergbaumaschinen zu verladen, die für die Ausbeutung der Uranienschätze des Landes bestimmt sind. Andere australische Gewerkschaften werden in den nächsten Wochen zu diesem sehr unstrittenen Problem Stellung nehmen, weil sich die Regierung geweigert hat, der Forderung des Australischen Gewerkschaftsbundes auf Durchführung einer Volksabstimmung über Uraniumexporte stattzugeben.

Frankreich: Vom 19. bis 22. Oktober streikte das im Dienst der französischen Privatfluggesellschaft UTA stehende Cockpitpersonal, weil sich das Unternehmen geweigert hatte, den in den obersten Gehaltsstufen stehenden Arbeitnehmern die Erhöhungen zu zahlen, auf die sie gemäß dem Kollektivvertrag Anspruch hatten. Der Beschluß des Unternehmens deckt sich mit der Empfehlung der Regierung, daß Lohnerhöhungen in den obersten Gehaltsstufen so niedrig wie möglich gehalten werden sollten.

Großbritannien: Die auf den zwischen Harwich und Hook von Holland verkehrenden Nordseefähren der British Rail beschäftigten Offiziere haben einen 24-stündigen Streik als Protest gegen die andauernde Reduzierung der Gehaltsunterschiede zwischen Offizieren und Mannschaftsdienstgraden durchgeführt. Seitdem hat eine Sitzung mit Vertretern der uns angeschlossenen Offiziersgewerkschaft MNAOA stattgefunden, um die Beschwerden der Schiffsoffiziere zu untersuchen.

Am 27. September streikte das in London stationierte Bodenpersonal (Checker und Lader) der irischen Luftfahrtsgesellschaft Aer Lingus in Unterstützung bestimmter Lohnforderungen.

Vom 29. September bis 5. Oktober streikten in Bombay über 2.000 Angehörige des Bodenpersonals der Air India, weil ein im Flughafen beschäftigter Sicherheitspolizist abgeblieben einen Arbeitnehmer körperlich angegriffen hatte.

PERSONALIEN

Alex Gárate ist der Nachfolger des Kollegen José Lizarrage als Generalsekretär der spanischen Transportarbeiterföderation ELA-STV.

Hugo Hogstad ist der Nachfolger des Kollegen Ernst Rolf Olsen (nunmehr Vorsitzender der Zweigstelle Kristiansand) als Leiter der Abteilung Funkwesen der Norwegischen Seeleutegewerkschaft.

John Thompson, stellvertretender Zentralsekretär der britischen Seeleutegewerkschaft NUS, ist am 19. Oktober im Alter von 37 Jahren gestorben. Er war seit dem Jahre 1966 hauptamtlicher Funktionär in Liverpool, Hull und Dover und während der letzten Monate im Londoner Hauptbüro der NUS.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

ITF-Funkoffizierssitzung London, 26. November 1977  
Konferenz der Sektion Zivilluftfahrt Genf, 5.-6. Dezember 1977  
Sitzung der europäischen Seeleute Oslo, 19.-22. Dezember 1977

\*\*\*\*\*  
\* WEITERE INFORMATIONEN ÜBER DIE IN \*  
\* DIESER NUMMER DER ITF-NACHRICHTEN \*  
\* ENTHALTENEN MITTEILUNGEN SIND VOM \*  
\* ITF-SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ERHÄLTlich: \*  
\*\*\*\*\*

## BEI REDAKTIONSSCHLUSS

### Finnische Funkoffiziere suchen um Solidarität an

Am 25. Oktober besprach ein Funktionär der Finnischen Funkoffiziersgewerkschaft mit Vertretern des ITF-Sekretariats und der uns angeschlossenen britischen Gewerkschaften der Seeleute die Pläne der finnischen Schifffahrtsbehörden, bestimmten finnischen Reedern eine Ausnahmegewilligung von der SOLAS-Bestimmung zu erteilen, daß auf Fahrgastschiffen grundsätzlich ein Funkoffizier zu führen ist. Bereits am 11. August dieses Jahres hatte die ITF die finnischen Behörden daran erinnert, daß sie moralisch verpflichtet sind, das SOLAS-Abkommen in allen Einzelheiten zu befolgen. Gleichzeitig verwies die ITF auf eine vom Dubliner ITF-Kongreß angenommene EntschlieÙung, in der Funkverwaltungen aller Länder mit Nachdruck aufgefordert werden, die Funkbestimmungen des SOLAS-Abkommens im Interesse der allgemeinen Sicherheit des menschlichen Lebens auf See zu erfüllen. Die Finnische Funkoffiziersgewerkschaft (mit der vollen Unterstützung der übrigen finnischen Gewerkschaften der Seeleute) ist bereit, einen Streik auszurufen, falls die beabsichtigte Ausstellung der Ausnahmegewilligungen nicht rückgängig gemacht wird, und würde im Falle eines solchen Streiks die zuständigen Mitgliedsverbände der ITF auffordern, geeignete Maßnahmen in Weiterverfolgung der in Dublin angenommenen EntschlieÙung zu ergreifen.

### ITF-Maßnahmen anläßlich kürzlicher Flugzeugentführungen führen zu UNO-Dringlichkeitsdebatte

(sh. Anhang zur vorliegenden Nummer der ITF-Nachrichten)

Wir haben soeben erfahren, daß der Politische Sonderausschuß der UNO-Generalsersammlung ohne Abstimmung die ihm bei Redaktionsschluß dieser Nummer der ITF-Nachrichten vorliegende EntschlieÙung über Flugzeugentführungen angenommen hat. Die EntschlieÙung wird nunmehr der Generalversammlung zur Befürwortung vorgelegt werden.

ITF-Maßnahmen anlässlich kürzlicher Flugzeugentführungen führen zu UNO-Dringlichkeitsdebatte

Vor kurzem sind zwei ernste Flugzeugentführungen erfolgt: bei der ersten handelte es sich um eine DC-8 der Japan Airlines (JAL); bei der zweiten um eine B737 der Lufthansa. Die ITF reagierte hierauf mit der dringenden Forderung, daß die zuständigen internationalen Organisationen unverzüglich wirksame Schritte unternehmen sollten, um ein Wiederaufleben der Luftpiraterie zu verhindern.

Im Falle der Entführung des JAL-Flugzeuges war die Haltung der japanischen Regierung (die den Weg der bedinglosen Kapitulation einschlug) und der algerischen Regierung (die die Luftpiraten freisetzte, nachdem sie alle ihre Forderungen erfüllt hatte) vollkommen unvereinbar mit der Haltung der überwiegenden Mehrheit von Regierungen, die die von der ITF seit langem vertretene Ansicht unterstützen, daß Luftpiraten keinerlei Obdach geboten werden darf und daß sie wegen ihrer Handlungen streng bestraft werden sollten. Als es sich zeigte, daß die Entführer aus dieser Konfrontierung siegreich hervorgehen würden, entsandte die ITF Telegramme an den Präsidenten Algeriens, den japanischen Premierminister, den Generalsekretär der UNO und den Generalsekretär der ICAO mit der Forderung, daß die Entführer in Übereinstimmung mit dem am 16. Dezember 1970 in Den Haag angenommenen Internationalen Abkommen zur Unterdrückung der gesetzwidrigen Übernahme der Kontrolle von Flugzeugen bestraft werden sollten.

Das Ende der Lufthansa-Entführung stand unter dem Schatten der kaltblütigen Ermordung des Flugkapitäns Schumann. In jeder anderen Hinsicht war dieser Zwischenfall ein musterhaftes Beispiel der disziplinierten und entschlossenen Handlungsweise seitens der unmittelbar betroffenen Regierungen -- Bundesrepublik Deutschland und Republik Somalia -- und anderen Regierungen, die ihre Mitarbeit bereitgestellt haben. Dennoch bleibt das Hauptproblem der Verhinderung weiterer Flugzeugentführungen ungelöst. Aus diesem Grunde forderte die ITF am 17. Oktober in Telegrammen an die Generalsekretäre der Vereinten Nationen und der ICAO "unverzügliche und drastische Maßnahmen". Insbesondere wurde betont, "daß eine optimale Flughafensicherheit gewährleistet werden muß und daß alle Regierungen verpflichtet werden müssen, Luftpiraten keinerlei Obdach zu bieten."

In seiner Antwort versicherte uns der UNO-Generalsekretär Dr. Waldheim, daß er sich mit aller Energie für eine Dringlichkeitsdiskussion dieser Probleme auf Ebene der UNO einsetzen werde. Die Diskussion hat seitdem stattgefunden, und zwar im Politischen Sonderausschuß der UNO-Generalversammlung in der letzten Oktoberwoche. Eine im Namen von 40 UNO-Mitgliedsstaaten unterbreitete EntschlieÙung wurde bei Niederschrift der vorliegenden Mitteilung noch diskutiert. In der EntschlieÙung werden die UNO-Mitgliedsstaaten aufgefordert, die bestehenden internationalen Übereinkommen über Flugzeugentführungen und Sabotage zu ratifizieren und wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Flughafensicherheit anzuordnen.

Die beiden obengenannten Flugzeugentführungen haben erneut gezeigt, wie leicht es für einen schwerbewaffneten Flugzeugentführer ist, in bestimmten Flughäfen an Bord eines Flugzeuges zu gelangen. Die ITF ist hierüber äußerst beunruhigt und hat aus diesem Grunde beschlossen, die Frage der Flughafensicherheit auf einer baldigen Sitzung der Sektion Zivilluftfahrt zu diskutieren. Die angeschlossenen Gewerkschaften des Luftfahrtspersonals sind aufgefordert worden, in der Zwischenzeit die Sicherheitsvorkehrungen der Flughäfen, in denen sie beschäftigt sind, zu überprüfen.